

Siebert, Horst

Book Part — Digitized Version

Der blockierte Wirtschaftsmotor: Die Vereinigung als Investitionsprozeß

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Siebert, Horst (1992) : Der blockierte Wirtschaftsmotor: Die Vereinigung als Investitionsprozeß, In: Timmermann, Heiner (Ed.): Probleme des postkommunistischen Übergangs in Deutschland und Ungarn, ISBN 3-926406-70-4, Dadder, Saarbrücken-Scheidt, pp. 55-64

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/2020>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Der blockierte Wirtschaftsmotor - Die Vereinigung als Investitionsprozeß

Horst/Siebert

Die Statistiken sagen nicht die ganze Wahrheit: Beschäftigungsgesellschaften schönen das Bild des Arbeitsmarktes, die Treuhand hütet unbrauchbare Betriebe. Aus vermeintlich sozialen Gründen wird der Prozeß der Anpassung der ostdeutschen Wirtschaft an die Bedingungen des Weltmarktes erschwert. Manche Politiker und Gewerkschaftler würden die ehemalige Planwirtschaft am liebsten zum Schrebergartengelände staatlicher Strukturpolitik erklären. Professor Horst Siebert, Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft und Mitglied des Sachverständigenrates, sieht in solchen Versuchen das größte wirtschaftspolitische Risiko dieser Monate. Er warnt davor, die Chancen der Investition und der Innovation zu verschütten, die sich seiner Meinung nach aus dem Prozeß der Vereinigung mit Sicherheit ergeben, wenn Politiker und Tarifparteien keine falschen Signale setzen. (FAZ vom 14. 9. 1991)

Am 3. Oktober 1991 jährte sich der Tag der deutschen Vereinigung. Die Wirtschafts- und Währungsunion war schon vorher vollzogen worden. Der Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft hat gewaltige Umstellungen zur Folge: Für die Menschen brachen gewohnte Strukturen zusammen, und die wirtschaftlichen Bedingungen, etwa bei der Arbeit, haben sich grundlegend verändert; das erworbene Humankapital, die Fertigkeiten und Fähigkeiten, paßt nicht in die neue Situation.

Für die alten Unternehmen, die Dinosaurier aus der Zentralplanung, war der Übergang zur Marktwirtschaft ein Schock: Produkte waren nicht mehr absetzbar, die Produktionskosten zu hoch, und der Kapitalstock wurde obsolet. Die Industrie der neuen Bundesländer muß von Grund auf neu aufgebaut werden.

Bei der gesamtwirtschaftlichen Produktion ist nun der Talgrund erreicht. Im zweiten Quartal 1991 haben sich die gesamtwirtschaftliche und die industrielle Produktion stabilisiert. Der Produktionseinschränkung in einigen Bereichen steht eine Expansion in anderen Sektoren gegenüber. Eindeutig positive, und zwar zweistellige Zahlen werden im zweiten Halbjahr 1991 für die Umsätze des Bausektors, im Handwerk, für Banken und Versicherungen und für die Dienstleistungen allgemein erwartet. Die Beschäftigung reagiert später als die Produktion, und es ist mit einem weiteren Einbruch der Beschäftigung zu rechnen. Die neu angemeldeten Unternehmen (270.000 netto in der Zeit von Juli 1990 bis Juni 1991) sind ebenso wie die mittlerweile zahlreichen Beispiele größerer Investitionsprojekte auf der grünen Wiese (Mercedes in Ludwigsfelde, Opel bei Eisenach, Volkswagen in Zwickau) positive Signale. Die Wanderung mit monatlich zehntausend Personen, im übrigen nicht alle Arbeitnehmer, ist bei 7,2 Millionen Arbeitnehmern eher normal. Dies gilt auch für die 300.000 Pendler nach West-Berlin und nach Westdeutschland.

Auf mittlere und auf längere Frist werden sich beim Aufbau der neuen Wirtschaftsmaschine in Ostdeutschland drei Grundfaktoren positiv auswirken: die Integration in die internationale Arbeitsteilung, die Kapitalbildung und die neue Wirtschaftsordnung.

Die neuen Bundesländer werden in die internationale Arbeitsteilung einbezogen, und daraus erwachsen ähnlich wie für Westdeutschland seit 1948 Gewinne aus dem Außenhandel. Es wird eine Reihe von Produktionen in den neuen Bundesländern geben, die den Weltmarkt beliefern. Mehr als die Hälfte des Handels zwischen Industrienationen ist heute der Handel mit den Produkten des gleichen Sektors, sogenannter intraindustrieller Handel. Es wird deshalb durchaus normal sein, daß Länder wie Sachsen und Thüringen Produkte des Maschinenbaus importieren, aber auch (andere) Produkte des Maschinenbaus exportieren. Auch Deutschland insgesamt gewinnt aus dieser neuen Arbeitsteilung, da zwei Volkswirtschaften miteinander verschmelzen: das reichlich mit Kapital und Technologie ausgestattete Westdeutschland und das reichlich mit qualifizierter Arbeit und mit Land versehene Ostdeutschland.

Ein leistungsfähiger Markt für Wagniskapital

Der obsoletere Kapitalstock in Ostdeutschland muß neu aufgebaut werden. Rechnet man den westdeutschen Kapitalstock der privaten Wirtschaft von 4,4

Billionen DM auf Ostdeutschland gemäß dem Bevölkerungsanteil von 26 Prozent hoch, so werden die neuen Bundesländer nach Ablauf des Anpassungsprozesses einen Kapitalstock der privaten Wirtschaft (ohne Wohnungen, ohne staatliche Infrastruktur, ohne Bereinigung der Altlasten im Umweltbereich) von 1,1 Billionen DM haben. Dies ist zugleich eine Obergrenze für die erforderlichen Investitionen, von der der Wert des nicht obsolet gewordenen ostdeutschen Kapitals abzuziehen ist. Eine Kapitalakkumulation besonders dieses Ausmaßes ist immer mit hohen Wachstumsraten des Brutto-Sozial-Produkts verbunden.

Schließlich wird die Marktwirtschaft die richtigen Anreize setzen: für die Arbeitnehmer, weil Leistung und Lohn enger beieinander liegen, und für die Unternehmer, weil Gewinne als Motor wirken.

Diese Grundfaktoren können nicht schlagartig Schubkraft entfalten: Insbesondere Reaktionen auf der Angebotsseite wie die Entwicklung neuer Produkte, der Aufbau eines neuen Vertriebssystems, die Umstrukturierung eines Unternehmens und die Ausreifungszeit einer größeren Investition auf der grünen Wiese brauchen Zeit. Wir wissen dies beispielsweise aus den beiden Erdölkrisen, als einige Jahre verstrichen, bis das Nordsee- und das Alaska-Öl das Angebot auf den Weltmärkten vergrößerten.

Zu diesem Zeitbedarf der Anpassung treten bei Übergang von der Zentralplanwirtschaft zur Marktwirtschaft aber zusätzliche Faktoren, die die Entwicklung hemmen.

Die Unsicherheit über die Eigentumsverhältnisse hat bis März 1991 die Privatisierung durch die Treuhand bei solchen Objekten eingefroren, bei denen Alteigentümer, wenn auch nur mit einer Parzelle des zu privatisierenden Unternehmens, berührt wurden. Das neue Vermögensgesetz räumt der Investition und der Beschäftigung Vorrang ein. Es ist offen, ob diese Regelung von den Gerichten akzeptiert wird und ob das Gesetz zu Kompensationszahlungen und damit einer Einigung widerstreitender Parteien führt.

Unabhängig von der Privatisierung der Unternehmen warten noch 1,2 Millionen Anträge auf Wiedereinsetzung in das ehemalige Immobilieneigentum auf eine administrative Entscheidung. In Dresden liegen 40.000 Anträge vor, von denen 200 bearbeitet sind. Hier bewegt sich so schnell nichts, und ohne klar und eindeutig etablierte Eigentumsrechte, ohne Eintragung ins Grundbuch, wird nicht investiert. Der erforderliche Investitionsstrom muß kräftig genug

sein, um sich an anderer Stelle Bahn zu verschaffen. Weitere Engpässe sind die erst langsam in Gang kommende Verwaltung in Ländern, Kreisen und Gemeinden, fehlende Gewerbeflächen und die mangelnde Infrastruktur, etwa im Verkehrs- und Kommunikationsbereich. Diese Flaschenhalse blockieren den noch aufzubauenden Wirtschaftsmotor und lassen das mittelfristig vorhandene Potential an Wachstum und Entwicklung nicht richtig zur Entfaltung kommen.

Die entscheidende Aufgabe der Wirtschaftspolitik lautet also, die Investitionshemmnisse aus dem Weg zu schaffen.

Die Treuhandanstalt muß die Privatisierung nach Möglichkeit intensivieren. Das Initiativrecht der einzelnen Unternehmen, sich durch Nachweis eines Käufers oder durch "Buy outs" oder "Buy ins" zu privatisieren, sollte institutionalisiert und stärker gefördert werden. Ein leistungsfähiger Markt für Wagniskapital wird gebraucht. Der internationalen Privatisierung ist Vorrang einzuräumen: Mancher westdeutsche Investor hat ostdeutsche Unternehmen zum Aufbau eines Vertriebssystems erworben, zum Erwerb staatlicher Lizenzen wie Zuckerquoten bei den Zuckerfabriken, wegen vorliegender Standortgenehmigungen bei den Zementwerken und bei der Chemie, wegen der Leitungsnetze und dem Gebietsmonopol der Elektrizitätsversorger und als verlängerte Werkbank, die das Produktionsprogramm arrondiert. Wenn ein ausländischer Investor zugreift, wird er in aller Regel nicht nur für den ostdeutschen Markt produzieren, sondern auch für Westdeutschland, Europa und den Weltmarkt. Der Wettbewerb um die zu privatisierenden Unternehmen wird intensiviert, und die westdeutschen Unternehmen werden bei der Privatisierung kräftig mitbieten.

Die Privatisierung der fünf Millionen Mietwohnungen in den neuen Bundesländern, vorrangig an Einzelpersonen, ist eine wichtige Zukunftsaufgabe. Einmal würden damit die Menschen gegen einen geringen Preis, der nach Wohnungsqualität gestaffelt sein sollte, privates Eigentum erhalten. Zum anderen würde den Gemeinden, in deren Eigentum sich die Wohnungen direkt oder indirekt über Genossenschaften befinden, eine erhebliche finanzielle Belastung genommen, da sie den Fehlbedarf zwischen Ausgaben für die Wohnungen und den Mieteinnahmen tragen. Wenn einmal die politische Forderung virulent werden sollte, daß der Staat die Modernisierung der Wohnungen zu finanzieren hat, würden diese Subventionen massiv ansteigen. Der Finanzbedarf würde letztlich beim Bund landen.

Die Lohnpolitik ist ein Risikobereich

Derzeit gilt bis Ende 1993 ein Moratorium für die Zinszahlungen auf die Althypothesen in Höhe von 50 Milliarden DM. Bei der Privatisierung müßte ein großer Teil dieser Altschulden wohl vom Bund übernommen werden, um auf diese Weise den Kommunen einen Anreiz zur Privatisierung zu geben.

Eine Privatisierung der Wohnungen würde den Baumarkt stimulieren, am Wohnungsmarkt generell die richtigen Knappheitspreise in der Zukunft signalisieren und auch zu einer Revision verzerrter Preise auf anderen Märkten zwingen, etwa auf dem Markt für Wärmeleistungen, wo die alten Kraftwerke überhöhte Preise verlangen. Fachleute schätzen, daß trotz erheblicher technischer Mängel - etwa der Plattenbauweise bei vielen Neubauten - 60 bis 70 Prozent des Wohnungsbestandes in die Hand von Privatpersonen gegeben werden können.

Eine Integration verändert immer die wirtschaftlichen Bedingungen in den integrierten Teilen. Die neuen Bundesländer müssen sich dem internationalen Wettbewerb stellen - aber auch in den alten Bundesländern müssen wirtschaftspolitische Maßnahmen und institutionelle Regelungen, die in das vereinigte Deutschland nicht mehr passen, "abgewickelt" werden. Die Subventionen für westdeutsche Sektoren wie die Kohle konkurrieren jetzt mit den Finanzmitteln, die für Ostdeutschland gebraucht werden.

Auch stellt sich die Frage, inwieweit die institutionellen Regelungen, die für die hochentwickelte und reiche alte Bundesrepublik konzipiert wurden, auf eine Volkswirtschaft im Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft angewandt werden können. Die Anreizwirkungen dieser Regelungen können den Transformationsprozeß erheblich behindern. So schützt Paragraph 613a des Bürgerlichen Gesetzbuches die Arbeitnehmer beim Verkauf einer Unternehmung, da der neue Eigentümer die bestehenden Arbeitsverträge übernehmen muß. Für die Privatisierung der alten Staatsunternehmen ist diese Regelung aber nicht sinnvoll. Ein anderes Beispiel sind die Genehmigungszeiten für größere Infrastrukturprojekte im Verkehrsbereich.

Neuere Überlegungen zu einer flexibleren Gestaltung der deutschen Wirtschaft - vom Ladenschluß über die Bedingungen zur Eröffnung eines Handwerksbetriebes bis zu Durchleitungsrechten bei Energie und dem privaten Angebot an Telekom-Leistungen - sind nicht zum Zug gekommen. Mittlerweile hört man in den neuen Bundesländern die Meinung, daß eine

private Telefongesellschaft, etwa ein internationales Konsortium, das Telefonnetz schneller aufgebaut hätte. Innovativere institutionelle Regelungen hätten den Bürgern in den neuen Bundesländern den Übergang erleichtert; die deutsche Politik hat die Chance nicht genutzt, das gesamte Land institutionell flexibler zu machen.

Eine Reihe von zukünftigen Aufgaben wird erst sichtbar, wenn man mögliche Risiken der deutschen Wirtschaftspolitik für die nächsten Jahre in Betracht zieht.

Ein Risikobereich ist die Lohnpolitik. Die Löhne in den neuen Bundesländern - mit 60 Prozent des westdeutschen Niveaus bei 30 Prozent der Produktivität - sind mittlerweile ein Datum. Die Lage am ostdeutschen Arbeitsmarkt würde erleichtert, und die Arbeitslosigkeit würde verringert, wenn die Lohnbildung in den neuen Bundesländern stärker an der Produktivität des einzelnen Arbeitnehmers und damit an den Knappheitsverhältnissen am Arbeitsmarkt orientiert würde. In Ost-Berlin ist Arbeit ähnlich knapp wie in West-Berlin, da die Arbeitsmärkte integriert sind. Dies gilt aber nicht für Görlitz oder Guben. Ein Risiko der Lohnpolitik für das vereinte Deutschland liegt darin, daß die Tarifpolitik nicht zur Kenntnis nimmt, daß Deutschland insgesamt mehr Arbeit zur Verfügung hat. Dies gilt zumindest, bis der Kapitalmangel durch kräftige Investitionen in den neuen Bundesländern beseitigt ist. Die politische Forderung nach einer Strukturpolitik für die neuen Bundesländer ist sicherlich das größte Risiko für die deutsche Wirtschaftspolitik. Eine solche Strukturpolitik wird für die bestehenden Unternehmen gefordert, um die Arbeitnehmer zu schützen, aber auch für neue Industrien. Wenn es richtig ist, daß die alten Unternehmen der Planwirtschaft zu einem überwiegenden Teil ineffizient sind, so können diese Unternehmen nicht auf längere Zeit subventioniert werden. Eine Modernisierungschance für die neuen Bundesländer würde nicht genutzt. Die Konsequenz wäre ein Faß ohne Boden, und der Finanzbedarf für die Strukturpolitik würde die Finanzpolitik für die nächsten Jahre dominieren. Es gilt, den Schutz der Menschen von der Erhaltung der alten Strukturen zu entkoppeln.

Eine Konservierung der alten Unternehmen würde die Vergeudung aus planwirtschaftlichen Zeiten fortsetzen. Aber auch eine Strukturpolitik für neue Sektoren - eine Industrialisierungspolitik, ein industriepolitisches Konzept für Ostdeutschland oder eine strategische Handelspolitik für den ostdeutschen Standort - wäre ein Risiko, da staatliche Stellen keine Informatio-

nen darüber haben, welche Wirtschaftszweige in Zukunft wettbewerbsfähig sein werden.

Das Risiko der Strukturpolitik mit ihren Implikationen für die Finanzpolitik zeigt sich in der Rolle, die der Treuhandanstalt zugewiesen wird. Hier wird besonders bei den Großfällen die Forderung erhoben, die Treuhand solle zuerst sanieren, dann privatisieren, und sie solle bestehende Unternehmen grundsätzlich weiter am Leben erhalten. Die Anpassung an die neuen Bedingungen heißt für die Unternehmen, ein Konzept zu finden, nach dem sie lebensfähig sein werden. Ein solches Konzept wird von einem privaten Investor entwickelt, der die Mittel für Investitionen nur aufbringt, wenn die produzierten Güter am Markt Erfolg haben und zu einer hinreichenden Rendite führen. Die Treuhand kann nicht wissen, was ein möglicher privater Investor mit einem Betrieb anfangen will; sie muß deshalb ihre Aufgabe in der Privatisierung sehen.

Aus der Gestaltung der Wirtschaftspolitik wissen wir, daß wirtschaftspolitische Problembereiche, die Erfüllung wirtschaftspolitischer Ziele und die dazu notwendigen Instrumente in aller Regel eindeutig spezifischen Entscheidungsträgern zugeordnet werden. Die Bundesbank ist für die Preisniveaustabilität verantwortlich und verfügt dazu über ein entsprechendes geldpolitisches Instrumentarium. Die Finanzpolitik ist für die Bereitstellung öffentlicher Güter und deren Finanzierung sowie die Konjunkturstabilisierung zuständig; den Tarifparteien ist die Lohnpolitik zu übertragen. Die Treuhand sollte also nicht mit einer Vielzahl von Zielen überladen werden; ihre Rolle sollte die Privatisierung sein.

In den nächsten Monaten wird es eine schwierige Aufgabe der Treuhand sein zu entscheiden, welche Unternehmen stillzulegen sind. Der grundsätzliche Test ist, ob eine Unternehmung einen Käufer findet. Dabei müssen die Altlasten und die Altkredite von der Treuhand übernommen werden, und es lautet die Frage: Kann die Kombination der in einer Unternehmung gebundenen Produktionsfaktoren - die qualifizierten Arbeitnehmer, das technische und organisatorische Wissen, der Standort - eine Investition anziehen? Hat eine solche Investition einen positiven Kapitalwert?

Die deutsche Vereinigung hat beachtliche finanzpolitische Risiken aufgeworfen. In diesem Jahr wird der Transfer in die neuen Bundesländer auf 120 Milliarden DM veranschlagt. Das gesamtstaatliche Budgetdefizit für Bund,

Länder, Gemeinden, Sozialversicherung und Nebenhaushalte beträgt 150 Milliarden DM, das sind 5,5 Prozent des Bruttosozialprodukts.

Sparsamkeit durch Begrenzung des Zuwachses

Würden diese Mittel investiv verwendet, etwa zum Aufbau der Infrastruktur, so würden aus den dadurch später wirksam werdenden Produktivitätseffekten höhere Steuereinnahmen erwachsen. Den Kosten der deutschen Einheit würden wie bei jedem Investitionsprojekt Erträge in der Zukunft gegenüberstehen. Bei einer vorwiegend konsumtiven Verwendung der Finanztransfers tritt diese positive Auswirkung aber nicht auf. Hinzu kommt, daß der Spielraum der Finanzpolitik in der Zukunft nicht zuletzt wegen der Zinszahlung von rund 90 Milliarden DM auf eine staatliche Gesamtverschuldung von 1,2 Billionen DM (1991) eingeschränkt wird. Der eingeeengte staatliche Bewegungsspielraum würde sich besonders bemerkbar machen, wenn die Zukunft bisher nicht absehbare Ungewißheiten bereit hält, die verstärkte staatliche Ausgaben erforderlich machen.

Ferner ist zu berücksichtigen, daß eine Finanzierung des Defizits über Anleihen durch den Zinseffekt private Investitionen in Westdeutschland verdrängt. Damit kann die Steuerbasis verringert werden. Will man diese finanzpolitischen Risiken vermeiden, so stellen sich die folgenden Aufgaben:

- Die konsumtive Verwendung der Transfers ist zugunsten einer investiven Verwendung zu verringern. Ein wichtiger Aspekt ist dabei, die "causa" der konsumtiven Transfers einzuschränken, nämlich eine Strukturhaltungspolitik.
- Zukünftige Belastungen für die Haushalte des Bundes und der Länder resultieren aus den Nebenhaushalten, wie etwa dem Haushalt der Treuhand und dem Kreditabwicklungsfonds. Die Implikationen der Nebenhaushalte, etwa der auf den 31. März 1991 verschobenen DM-Eröffnungsbilanz für die Treuhand insgesamt, sind bei der Finanzplanung zu berücksichtigen.
- Die Staatsausgaben sind zu kürzen. Dabei stehen die Subventionen in Westdeutschland, 130 Milliarden DM, zur Disposition; die Politiker sind aufgefordert, die bisherigen Ausgaben kritisch zu überprüfen.

- Die politisch einfachste Form der Ausgabenkürzung ist die Begrenzung des Zuwachses. Der Bund begrenzt seinen Ausgabenzuwachs für 1992 auf drei Prozent. Ungelöst ist, wie die alten Bundesländer und ihre Gemeinden in eine ähnliche Disziplin eingebunden werden können.
- Die private Finanzierung öffentlicher Aufgaben wäre ein wichtiger Schritt zur Entlastung des staatlichen Budgets. Wie bei Flughäfen bereits praktiziert, ergeben sich hier zahlreiche Möglichkeiten, vom Klärwerk bis zur Privatisierung kommunaler Regiebetriebe, von der Trennung von Netz- und Betreibergesellschaften bis zur privaten Telefongesellschaft.

Eine Steuerreform für den Standortwettbewerb

Die Preisniveaustabilität, aber auch die Beschäftigungssituation werden entscheidend vom Zusammenspiel dreier Politikbereiche beeinflusst, der Finanzpolitik, der Geldpolitik und der Lohnpolitik. Hier zeichnet sich für die deutsche Wirtschaftspolitik ein Zielkonflikt zwischen expansiver Fiskalpolitik und restriktiver Geldpolitik ab, der durch die Lohnpolitik verschärft wird. Diese mögliche Kollision kann sich in einer offenen Volkswirtschaft zuspitzen. Obwohl die deutsche Vereinigung als positiver Angebotsschock eigentlich eine Aufwertung der DM mit sich bringen sollte, kann eine Abwertung nicht ausgeschlossen werden, wenn sich auf dem internationalen Kapitalmärkten die Meinung durchsetzt, die Deutschen könnten ihre Schulaufgaben nicht machen.

Die Ursachenkette dieses Szenarios lautet dann: staatliche Strukturpolitik, hohe nichtinvestive Transfers für die neuen Bundesländer, hohe Nominalzinsen - oder hohe Steuern, Bremsung der Konjunktur im Westen, Abwertung der DM, damit ungünstigere Preise bei den Importgütern und gleichzeitig die Notwendigkeit hoher Zinsen, um Kapital für den Aufbau in den neuen Bundesländern anzulocken. Die Folge wäre eine Einengung des Spielraums der Geldpolitik - erschwert von der Lohnseite, die trotz eines reichlicheren Angebots an Arbeit in Deutschland hohe Lohnzuwächse durchsetzt. Hier liegen makroökonomische Grenzen des Finanztransfers in die neuen Bundesländer - und beachtliche Risiken.

Die Risiken der deutschen Wirtschaftspolitik lassen sich nicht unabhängig von den Ereignissen in Osteuropa abschätzen. Die Auswirkung reicht von der möglichen Zuwanderung und den damit verbundenen Kosten der Bereitstellung von Infrastruktur über nicht auszuschließende politische Instabilität

ten bis zu den Wechselkurseffekten auf die DM bei politischen Ereignissen in Osteuropa - die sieben Pfennig weniger pro Dollar am 19. August 1991 sind in bester Erinnerung. Die deutsche Politik muß also darauf hinarbeiten, diese Risiken zu begrenzen. Ein wichtiger Weg hierzu ist, die osteuropäischen Länder handelsmäßig in die Europäische Gemeinschaft zu integrieren, insbesondere den Protektionismus gegenüber Osteuropa, etwa im Agrarbereich, aufzugeben.

Die deutsche Wirtschaftspolitik darf auch nicht aus dem Auge verlieren, daß die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft international permanent auf dem Prüfstand steht. Komparative Preisvorteile von Ländern - die Standortgunst - bleiben nicht in der Zeit stehen, neue Anbieter treten auf dem Weltmarkt auf, Produktionen wandern von dem nicht innovierenden Land weg. Die einmal erworbene Wettbewerbsfähigkeit muß im internationalen Standortwettbewerb immer wieder neu verdient werden. Die Bundesrepublik, die ein Drittel ihres Sozialprodukts exportiert (Japan nur ein Achtel, Vereinigte Staaten ein Zwölftel) und zugleich stark rohstoff- und energieabhängig ist, wird von außenwirtschaftlichen Veränderungen intensiv betroffen. Dies ist der Hintergrund, vor dem eine Unternehmenssteuerreform zu beurteilen ist.

In der Umbruchsituation der deutschen Vereinigung sieht sich die deutsche Wirtschaftspolitik besonderen Risiken gegenüber. Der Grundtatbestand aber ist, daß die neuen Bundesländer eine immense Investitions- und Innovationschance bieten. Signalisiert wird dies durch einen möglichen Sprung im Bruttosozialprodukt der neuen Bundesländer, das für die zweite Hälfte 1990 vom Statistischen Bundesamt mit 8,3 Prozent des westdeutschen Niveaus errechnet wurde, auf ein Niveau von 26 Prozent (gemäß dem Bevölkerungsanteil) - eine Niveauveränderung um 450 Milliarden DM. Dies kennzeichnet den positiven Angebotsschock, der aus der deutschen Integration erwachsen kann. Wenn neue Jahrgänge von Kapitalgütern in Ostdeutschland installiert werden, können die neuen Bundesländer sogar ein Produktivitätsniveau erreichen, das über dem westdeutschen liegt. Diese Zukunftschance ist den Risiken gegenüberzustellen.

Erstveröffentlichung in der FAZ vom 14.9.1991. Die Veröffentlichung an dieser Stelle erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Autors und der FAZ.